Deutsche Ausgabe. Nur das Manuskript gedruckt

INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 168
31. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse: Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution.
Von Sinowjew 1427
Deutschland
Die Lage in Deutschland. Von Höllein 1428
Der Vorstoß der faschistischen Separatisten im Rheinland. Von Stoecker 1429
Politik.
Wachsende Unzufriedenheit im amerikanischen Inselreich. Von Lovestone 1430
Arbeiterbewegung.
Der Bergarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten. Von Amter 1431
Weißer Schrecken.
Ein Todesurteil der ebertinischen Sondergerichtsjustiz. Von Höllein 1432
Der Rachefeldzug der weißen Horden in Bulgarien. Von Armin 1433
Aufrufe.
Protestiert gegen die Verurteilung von Nikolau und Mateu! 1434
Die Erste Internationale Bauernkonferenz an die armen Bauern der Kolonien 1434

Die Probleme der deutschen Revolution.

Die inneren Schwierigkeiten der deutschen Revolution.

Von G. Sinowjew.

** Das gesamte gegenrevolutionäre Lager rechnet jetzt darauf, daß die deutschen Kommunisten, wenn sie zur Macht gelangt sein werden, sich nicht werden halten können und den Platz der faschistischen Bourgeoisie werden räumen müssen.

Eine Zeitlang war auch unter den deutschen Kommunisten die Meinung verbreitet, daß es leicht sein würde, die Macht in Deutschland zu erobern, daß aber die Hauptschwierigkeiten erst nach der Eroberung der Macht beginnen würden. Daß dem nicht ganz so ist, davon beginnen jetzt die weitesten Kreise der deutschen Kommunistischen Partei sich zu überzeugen. Gewiß werden die Schwierigkeiten nach der Eroberung der Macht nicht gering sein. Man darf sie nicht vergessen. Aber am meisten muß man jetzt an die **Eroberung der Macht selbst** denken. Diese ist durchaus nicht leicht und wird auch fernerhin nicht leicht sein.

Die faschistische Bourgeoisie hat gegen 600 000 bis an die Zähne bewaffnete und zu allem bereite Leute in ihrem Lager. Es ist wohl wahr, daß diese bewaffnete Macht der Gegenrevolution nicht die Sympathien der Massen hat, es fehlt ihnen der soziale Sauerstoff. Die aus vielen Millionen bestehenden Klassen werden auf der Seite der Kommunisten und nicht auf der Seite der Gegenrevolution sein. Aber wenn man sich zum Entscheidungskampf rüstet, darf man nicht vergessen, daß der Erfolg eines solchen Kampfes im entscheidenden Augenblick und an entscheidender Stelle durch das ungeheure Uebergewicht der Kräfte bestimmt wird. Die Geschichte des jüngsten Aufstandes in Bulgarien ist in dieser Hinsicht außerordentlich lehrreich. Die Massen waren vollkommen auf der Seite der Aufständischen. Nichtsdestoweniger bestimmte das entscheidende Uebergewicht, das Zankow durch die geringen, bis an die Zähne bewaffneten Stoßtrupps erhielt, das Schicksal des Aufstandes.

Trotzdem ist es bereits jetzt angebracht, die inneren und äußeren Schwierigkeiten der deutschen Revolution nach ihrem Siege abzuwägen.

Im Innern des Landes bestehen die Hauptschwierigkeiten in folgendem:

Die Verpflegungsschwierigkeiten. Der am besten organisierte, reiche Teil der deutschen Bauernschaft wird zweifellos im Verein mit den Gutsbesitzern der deutschen Sowjetregierung ernste Schwierigkeiten bereiten. Die Blockade des roten Sachsens, die bereits jetzt eingesetzt hatte, ist ein Beispiel dessen, was wir am Tage nach der Umwälzung in großem Maßstabe erleben werden.

Es folgen die **wirtschaftlichen Schwierigkeiten**, der Kohlenmangel, die Betriebsstillegungen usw.

Ferner die **Arbeitslosigkeit**.

Sodann die **innere Gegenrevolution**: die Faschisten, die Kornilow-Leute, die Vendée-Bezirke (Bayern), die franzosenfreundlichen reaktionären Separatisten, die Ueberreste der gegenrevolutionären Sozialdemokratie, das Großbauernelement usw.

Und schließlich die **finanziellen Schwierigkeiten**. Die Sowjetregierung Rußlands hat vom Zarismus und der Koalitionsregierung einen Goldfonds geerbt, der u. a. 1400 Millionen Goldrubel betrug, und außerdem den noch nicht vollkommen entwerteten zaristischen Papierrubel. Die Sowjetregierung in Deutschland wird in dieser Hinsicht eine viel traurigere Erbschaft antreten.

Dessen ungeachtet behaupten wir mit voller Ueberzeugung, daß das deutsche Proletariat sich an der Macht **halten wird**. Die Unterstützung des deutschen Proletariats sowie eines Teiles der städtischen und ländlichen Kleinbourgeoisie wird der proletarischen Regierung Deutschlands die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung sichern. Und das ist die Hauptbedingung zur Bewahrung der Macht.

Die deutsche proletarische Regierung wird die Hauptlehren der russischen Revolution beherzigen. Sie wird alles aufbieten, um einerseits zwischen Stadt und Land und andererseits zwischen dem Proletariat und der städtischen Kleinbourgeoisie zufriedenstellende Beziehungen aufrecht zu erhalten. Die proletarische Regierung Deutschlands braucht keineswegs eine absolute Nationalisierung des Handels, der Kleinindustrie, der kleinen Bodenparzellen usw. vorzunehmen. Im Gegenteil, solange der Widerstand der kleinen und mittleren Besitzer die proletarische Regierung Deutschlands im Interesse des Selbstschutzes nicht zu äußersten Maßnahmen zwingt, wird diese Regierung eine äußerst vorsichtige und im höchsten Grade aufmerksame Politik in bezug auf diese Bevölkerungsschichten befolgen müssen. Die proletarische Regierung Deutschlands wird hinsichtlich der Kleinbourgeoisie, der Intelligenz, der Handwerker, der kleinen und mittleren Bauern usw. vom ersten Augenblick ihrer Tätigkeit an — mit Erfolg — eine Politik befolgen, die die Sympathien der Kleinbourgeoisie in Stadt und Land für die Sowjetregierung Deutschlands genügend befestigen wird.

Selbstverständlich wird die proletarische Regierung Deutschlands zu einer entschiedenen revolutionären Nationalisierung der Groß- und Mittelindustrie greifen müssen und greifen. Aber

insoweit es von der Proletarier-Regierung abhängen wird, wird sie diese Maßnahme nur insoweit durchführen, als tatsächlich die Möglichkeit einer rationellen Organisierung der Groß- und Mittelindustrie auf sozialistischer Grundlage vorhanden ist. Die proletarische Regierung Deutschlands wird nicht vergessen, wo die starke Seite der russischen neuen Wirtschaftspolitik liegt.

Die **Lebensmittelfrage**. Diese wird der deutschen Proletarier-Regierung bedeutende Schwierigkeiten verursachen. Aber nicht ohne Grund hoben deutsche sozialdemokratische Arbeiter bereits jetzt in jeder Versammlung den Umstand hervor, daß die deutschen Arbeiter teilweise schon heute russisches Sowjetbrot essen. Wenn eine bedeutende Menge russischen Getreides bereits jetzt in das **bürgerliche** Deutschland strömt — warum sollte dann nicht ein weit größerer Strom in das **proletarische** Deutschland gehen?

Was die **Kohle** anbetrifft, so befindet sich Deutschland in dieser Hinsicht bereits jetzt, während der Besetzung des Ruhrgebiets, in äußerst schwieriger Lage. Selbstverständlich kann man kaum auf ein rasches Aufblühen der Volkswirtschaft gleich nach der Umwälzung rechnen. Aber unter gewissen Verhältnissen könnte die proletarische Regierung Deutschlands den Vertretern der französischen Schwerindustrie den Vorschlag machen, selbst die Kohlenversorgung unter der Bedingung zu übernehmen, daß auch die Interessen der Volkswirtschaft des proletarischen Deutschland dabei gesichert würden. Unter günstigen Umständen ist es nicht ausgeschlossen, daß Sowjetdeutschland in der Tschechoslowakei und in Polen Kohlen kaufen könnte.

Die Zahl der **Arbeitslosen** wird in Deutschland auf jeden Fall in der nächsten Zeit groß sein. Nur eine proletarische Regierung könnte den Arbeitslosen wirksamen Beistand erweisen. Selbstverständlich wird die proletarische Regierung im Interesse des Selbstschutzes unverzüglich zur Bildung einer deutschen Roten Armee schreiten müssen — ungeachtet dessen, daß dadurch die Schwierigkeiten für die deutsche Revolution seitens der französischen und anderer Imperialisten wachsen würden. Die deutsche Regierung würde eine bedeutende Anzahl arbeitsloser Arbeiter in dieser Armee unterbringen können.

Die Gefahr der **Gegenrevolution im Innern** und die **finanziellen Schwierigkeiten** werden der Proletarier-Regierung Deutschlands nicht wenig Mühe verursachen. Aber unüberwindliche Schwierigkeiten gibt es hier nicht. Das proletarische Deutschland wird mit ihnen im allgemeinen nach dem Muster Sowjetrußlands und selbstverständlich mit den den Verhältnissen entsprechenden Aenderungen fertig werden.

Als Rußland die Oktober-Revolution begann, hatte es bei einer Bevölkerung von 160 Millionen 7 bis 8 Millionen Arbeiter. Deutschland zählt bei einer Bevölkerung von 60 Millionen 20 Millionen Arbeiter. Das kleine Häuflein russischer Proletarier hat wahre Wunder an Energie und Organisation vollbracht. Im Grunde genommen war gerade dieses Häuflein die Seele der Verteidigung Sowjetrußlands auf einem Dutzend Fronten. Es hat die große russische Revolution gerettet. Welche Wunder an Energie das zwanzigmillionenköpfige deutsche Proletariat — der Kern des internationalen Proletariats — vollbringen wird, das kann man vorläufig kaum beurteilen.

Das deutsche Proletariat kann durchweg lesen und schreiben. Es ist kultivierter als die Arbeiterklasse Rußlands. Es hat bei der deutschen Sozialdemokratie eine schwere, aber an Erfahrung reiche „Schule" durchgemacht. Nach all jenen Verrätereien der Sozialdemokratie, die es über sich ergehen lassen mußte, kann es nicht mehr leicht betrogen werden. Der deutsche Durchschnittsarbeiter wird nicht ein schlechterer, sondern ein besserer Roter Soldat sein als der russische Arbeiter. Dafür sind viele gewichtige Gründe vorhanden. In den Kriegsjahren 1914/18 war der Prozentsatz der Arbeiter in der Armee Wilhelms II. bedeutend größer als der Prozentsatz der Arbeiter in der Armee Nikolaus II.; denn die russische Armee war hauptsächlich eine Bauernarmee. Die ersten Rotgardistentruppen der Arbeiter Rußlands waren als militärische Einheiten äußerst schwach. Der russische Durchschnittsarbeiter in der Roten Garde wußte nicht, wie man ein Gewehr zu halten hat. Bei dem deutschen Durchschnittsarbeiter, der in der Armee Wilhelms II. gedient hat, ist so etwas ausgeschlossen.

Wenn man auf den Weg zurückblickt, den die internationale Arbeiterklasse zurückgelegt hat, so gelangt man zu der Ueberzeugung, daß die Klasse der Lohnarbeiter, die den untersten Platz der sozialen Pyramide inne hat und nicht über genügende politische Erfahrungen und Kultur verfügt, die herrschende Klasse der Bourgeoisie unmöglich auf einmal besiegen kann. Augenscheinlich ist es ganz unvermeidlich, daß die Arbeiterklasse zum mindesten in jenen Ländern, die sich, im internationalen Maßstab betrachtet, zuerst zum Kampf gegen die bürgerliche Ordnung erheben, anfangs einige bedeutende Niederlagen erleiden muß, ehe sie es lernt, zu siegen. So war es auch mit der Arbeiterklasse Rußlands. Ohne die schwere Niederlage des Jahres 1905 hätte die russische Arbeiterklasse im Jahre 1917 schwerlich siegen können. Jedenfalls wäre ihr dieser Sieg nicht so verhältnismäßig leicht zugefallen. Bereits im Jahre 1905 haben die russischen Arbeiter es gelernt, Räte zu bilden, sich zu bewaffnen, Kampftruppen zu organisieren, sich auf den Barrikaden zu schlagen, Beziehungen zur Bauernschaft, zu den Soldaten, zu den Eisenbahnern usw. anzuknüpfen. Darum konnte im Jahre 1917 die Erfahrung vom Jahre 1905 in kolossal erweitertem Maßstabe angewandt werden. Und trotzdem bedurfte es noch der Lehre der Julitage vom Jahre 1917, um den Hauptkern der Arbeiterklasse Rußlands endgültig zu stählen.

Man muß zugeben, daß die deutsche Arbeiterklasse in dieser Hinsicht genügende „Uebung" und genügend viele „Dienstjahre" besitzt. Die Niederlage von 1918/19 konnte ihr als große Lehre dienen. Man kann sich jetzt wohl kaum vorstellen, daß in Deutschland wiederum ein Sowjetkongreß denkbar wäre, der sich selbst auflöst und die Macht einer Nationalversammlung übergibt. Der Kelch der Niederlagen und des sozialdemokratischen Verrats ist bis zur Neige geleert worden.

Aber auch die Lehre des Märzaufstandes vom Jahre 1921 ist nicht vergeblich gewesen. Die proletarische Avantgarde Deutschlands hat sich an einem drastischen Beispiel mit eigenen Augen und zudem in der schmerzlichen Form einer schweren Niederlage davon überzeugt, daß der Heroismus der Avantgarde nur dann den Sieg davonträgt, wenn diese Avantgarde nicht zu weit vorausgeeilt ist und sich eine ununterbrochene Verbindung mit der schweren Infanterie, mit dem Hauptkern des Proletariats und sogar mit seiner Nachhut gesichert hat. Die Märzfehler des Jahres 1921 können jetzt gleichfalls nicht mehr wiederholt werden.

Die inneren Schwierigkeiten der deutschen Revolution werden unmittelbar nach dem erfolgreichen Umsturz groß, aber nicht unüberwindlich sein. Es ist bereits jetzt unerläßlich, daß die aufsteigende Klasse und jene Partei, der die Zukunft gehört, darüber nachdenken. Aber der ganze Kollektivverstand des revolutionären proletarischen Deutschlands, die gesamte politische Erfahrung der Kommunistischen Partei, der ganze revolutionäre Wille, die ganze revolutionäre Begeisterung und der ganze Enthusiasmus, alle Organisationsarbeiten der proletarischen Avantgarde, alle Geisteskräfte der in den Vordergrund tretenden Heldengeneration der deutschen Proletarierrevolution — alles, alles, worüber die deutsche Arbeiterklasse jetzt nur verfügt, müssen in der gegenwärtigen Epoche lediglich für eine Sache aufgeboten werden: für die Sache der allseitigen Vorkehrungen zum Entscheidungskampf.

Es gilt die Stunde wahrzunehmen! Gegenwärtig besteht die historische Aufgabe darin, an entscheidender Stelle zu siegen, alle Kräfte zu konzentrieren, um die deutsche Bourgeoisie ins Herz zu treffen, so daß sie sich nie wieder erholen kann!

Das ist **die Aufgabe aller Aufgaben**. Das Uebrige kommt von selbst.

Deutschland

Die Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Berlin, 31. Oktober 1923.

** Die Ablehnung von Stresemann-Sollmanns Ultimatum durch die sozialistisch-kommunistische Regierung in Sachsen wurde sofort mit Taten beantwortet. Stresemann ernannte seinen Parteigenossen, den berüchtigten ehemaligen Reichsjustizminister Dr. Heinze zum Reichskommissar für Sachsen. Dieser erklärte alsbald die sächsische Regierung für abgesetzt. General Müller brachte seine Maschinengewehre unter klingendem Spiel einer Militärkapelle gegen die Dresdener Ministerien in Anschlag. Er ließ die verfassungsmäßige Regierung durch Militär mit Gewalt aus den Aemtern entfernen und verbot gleichzeitig die anberaumte Sitzung des Landtags.

Dieser Streich rief eine ungeheure Erregung hervor. Im Nu war in Sachsen die einheitliche Kampffront aller Arbeiter hergestellt. Die Sozialdemokratie proklamierte gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und der Gewerkschaftsspitzen einen dreitägigen Demonstrations-Generalstreik. Im Reiche griff im Lager der Sozialdemokratie eine stürmische Bewegung um sich, die die sofortige Sprengung der Großen Koalition und einen gemeinsamen Kampf aller Arbeiter gegen den offenen Ansturm der faschistischen Reaktion mit Ungestüm forderte. Aber diese Bewegung erfaßte nur die unteren Schichten der Sozialdemokratie, nur die breiten Massen der Arbeiter. Die Spitzen suchten sofort nach einem bequemen Ausweg aus der Situation. Sie leiteten ungesäumt eine wütende Hetze gegen die Kommunisten ein. Sie stellten sich voll auf den Standpunkt der Faschisten, wonach die kommunistischen Minister verschwinden müßten, und in dieser

Hetze unterschieden sich die rechten Führer der Sozialdemokratie von den linken, zumal in Berlin, nur durch ihre Methode. Die Wels und Dittmann waren etwas stürmischer, die Künstler und Wurm etwas gemäßigter in ihrem Kampf gegen die Kommunisten. Und so kam es, daß — während das sächsische Proletariat Schulter an Schulter mit den Kommunisten im offenen Kampf gegen die faschistische Reaktion stand — die rechten Führer der Sozialdemokratie mit Unterstützung der Demokraten und mit wohlwollender Neutralität seitens der Stinnes-Partei eine rechtssozialdemokratische Regierung in Sachsen bildeten. Dieser „staatsmännische" Akt soll nur die Rückendeckung abgeben für das Weiterbestehen der Großen Koalition im Reiche. Da der Anlaß der Krise verschwunden ist, soll nun auch die drohende Reichs-Regierungskrise behoben werden.

Ginge es nach dem Wunsche der Sozialdemokraten, so würde sich die Weiterentwicklung der Dinge ungefähr so abspielen: Der ungekrönte Gewalthaber in Sachsen bleibt General Müller. Er setzt seinen Feldzug gegen die Arbeiter wie bisher fort. Und im Gegensatz zum Verhalten der abgesetzten sozialistisch-kommunistischen Regierung wird sein Vorgehen bei der neuen Regierung auf keinen Widerstand mehr stoßen. Im Gegenteil, diese Regierung wird alle Maßnahmen des Reichswehrgenerals genau so decken, wie dies bisher schon durch den sozialdemokratischen Zivil-Kommissar, Reichstagsabgeordneten Meyer-Zwickau, geschehen ist. Und im Reiche bleibt Geßler ebenfalls nach wie vor der unumschränkte Herr. Dem Faschismus, der Rechtsdiktatur kann der Weg im bisherigen Tempo weiter geebnet werden. Nicht mit allzu großer Ueberhastung, dafür aber um so sicherer. Und dies alles unter diskreter Mitwirkung der Sozialdemokratie.

Indessen spielen sich die Dinge nicht immer nach dem Wunsche der Sollmann und Wels, der Dittmann und Künstler ab. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft verträgt gewiß manches, aber diesen letzten Streich in Sachsen dürfte sie nicht so ohne weiteres hinnehmen. Und nicht allein in Sachsen. Hierzu kommt, daß die Wirtschaftslage sowie die neuesten beabsichtigten sogenannten Sparmaßnahmen der Regierung wenig dazu geeignet sind, Beruhigung zu schaffen. Das sogenannte wertbeständige Geld hat bereits in der 1. Woche seiner Ausgabe über 50 Prozent seines Wertes eingebüßt. Denn, wenn sich die Goldanleihe offiziell auch auf 65 Milliarden hält, der Dollar aber gleichzeitig in der internationalen Bewertung bereits 100 Milliarden überschritten hat, so bedeutet das einfach, ein Fiasko dieses „wertbeständigen" Geldes.

Die Preise der Lebensmittel steigen trotz des Gleichbleibens der offiziell festgesetzten Devisenkurse unausgesetzt. Der neueste Marksturz auf den internationalen Märkten wird einen neuen Tanz der Preise zur Folge haben, was seinerseits aufs neue zu den bekannten sozialen Erschütterungen führen muß. Die verordneten Sparmaßnahmen der Regierung versetzen die Angestellten und Beamten in der Verwaltung wie in den Staatsbetrieben, namentlich die Eisenbahn- und Postangestellten, in ungeheure Erregung. Ohne im geringsten auf die Interessen der betroffenen Familien Rücksicht zu nehmen, sollen die Angestellten fast völlig aus dem Staatsdienst ausgemerzt und gleichzeitig die Zahl der Beamten um 25 Prozent gekürzt werden. Daß die sozialdemokratischen und demokratischen Angestellten und Beamten die ersten Opfer dieses Abbaues sein werden, kann schon heute als ausgemacht gelten. Jedenfalls haben die Beamten bereits gegen diese Maßnahme mit dem Generalstreik gedroht.

Aber auch die Reaktion kann nicht mehr lange zuwarten. Die Mobilisation und Auffüllung der legalen und illegalen Kampforganisationen verschlingen Riesensummen, die auf die Dauer nicht ohne Schwierigkeiten aufgebracht werden können. Die bayerische Regierung arbeitet systematisch auf die Verschärfung der Krise hin. Nicht nur, daß sie Reichsgesetze außer Kraft setzt, verbietet sie sogar den Reichsfinanzämtern in Bayern die Einziehung der landwirtschaftlichen Goldabgabe und der industriellen Betriebssteuer des Reiches. Das Golddepot der Reichsbank in den bayerischen Zweigstellen wurde bekanntlich von Kahr beschlagnahmt. Unterdessen geht aber auch in Bayern die wirtschaftliche Verelendung der Arbeitermassen und des Mittelstandes weiter, und Herr Kahr muß seine Getreuen schon mit dem Hinweis vertrösten, daß eine Aenderung der Lage nur durch radikale Beseitigung des „Marxismus" im Reiche herbeigeführt werden könne. Diese Beseitigung brennt ihm allmählich auf den Fingernägeln. Dazu kommt schließlich, daß die Interalliierte Militärkontrolle in Deutschland wieder einsetzen soll, wodurch sich die Kampfverbände in ihrem Bestand, vor allem aber in ihrer Bewaffnung unmittelbar bedroht fühlen müssen.

So drängt in Deutschland alles auf eine gewaltsame Austragung der Gegensätze hin. Die Entwicklung geht freilich nicht in gerader Linie vor sich, sondern vielfach im Zickzack und oft von zeitweiligen Rückschlägen unterbrochen. Immerhin ist das Endergebnis stets eine objektive Zuspitzung der Gesamtlage.

Der Vorstoß der faschistischen Separatisten im Rheinland.

Von Walter Stoecker (Düsseldorf).

** Seit anderthalb Wochen befindet sich der größte Teil des Rheinlandes in einem **Bürgerkrieg eigener Art.** Nachdem die aktiven Elemente der Sonderbündler von Aachen aus losgeschlagen hatten und von dort aus weiter vordrangen, geht seitdem der Kampf fast in jeder Stadt hin und her, und die Rathäuser und öffentlichen Gebäude wechseln ihre bewaffneten Insassen oft Tag für Tag. Zwischen der Bevölkerung, und zwar meistens der Arbeiterschaft einerseits und den Separatisten andererseits, geht der Kampf mit wechselndem Ausgange. In einzelnen Städten, wie Aachen, Krefeld und Duisburg ist es dabei zu recht blutigen Auseinandersetzungen gekommen.

Die bürgerliche und sozialdemokratische Presse berichtet sehr optimistisch, daß die Sonderbündler fast überall zurückgedrängt seien. Zu einem solchen Optimismus liegt aber gar keine Veranlassung vor, denn das Gegenteil ist der Fall. **Die Separatisten beherrschen heute militärisch,** außer dem von den Engländern besetzten Gebiet (Köln und Solingen), **fast das ganze Rheinland.** Nicht nur Mainz, Wiesbaden, Bingen, Rüdesheim, sondern auch Koblenz, Bonn, Trier, Aachen, Krefeld und Duisburg sind im Besitz der bewaffneten Separatisten. Bisher sind sie allerdings nach Düsseldorf, Essen, Hamborn und in den westfälischen Teil des Ruhrgebiets noch nicht vorgedrungen.

In Koblenz haben die Separatisten ein **rheinisches Ministerium** eingesetzt, das die Aufgabe hat, den „unabhängigen" rheinischen Staat zu regieren. Wie dieses Ministerium arbeiten soll, ist uns zwar noch rätselhaft, denn wenn auch die Sonderbündler militärisch den größten Teil des Rheinlandes beherrschen, so stoßen sie doch vorläufig noch überall auf die Ablehnung und den Widerstand des weitaus größten Teiles der Bevölkerung, besonders aber der Arbeiterschaft. Da indes diese Widerstandskraft, besonders in den bürgerlichen Schichten, immer mehr nachläßt, **ist die Gefahr, daß die faschistische Gruppe der Separatisten um Matthes und Dorten sich durchsetzt und tatsächlich das Rheinland in der Hand behält, immerhin ernst.**

Wie ist es so weit gekommen?

Die übliche Methode der bürgerlichen Presse, nur von dem Banditenseparatismus und Piratensonderbündlertum zu sprechen, ist eine gefährliche Vogel-Strauß-Politik. Wenn es auch richtig ist, daß der Selbstschutz der Separatisten, die sogenannte „Rheinlandwehr", fast nur aus den übelsten Subjekten, dem für jeden Handstreich käuflichen Lumpenproletariat aus ganz Westeuropa, übrigens einer für einen Künstler auserlesenen Musterschar von Verbrechertypen besteht, so heißt es doch, den Kopf in den Sand stecken, zu verkennen, daß die eigentlichen Träger dieser Bewegung keineswegs Banditen und Verbrecher, sondern verzweifelte und deklassierte Elemente des Mittelstandes, des Proletariats und der sogenannten Intelligenz sind. Wenn wir diesen Teil der rheinischen Bewegung den faschistischen Separatismus nennen, so deshalb, weil die Träger dieser Bewegung typisch faschistische Gestalten sind. Neben einer Reihe von Akademikern, wie Rechtsanwälten, Aerzten usw. sind es vor allem verzweifelte mittelständlerische und proletarische Elemente, die wegen ihrer politischen Unerfahrenheit und Unkenntnis und ihrer gefühlsmäßigen Orientierung im Rheinland im Lager der Separatisten sind, wie sie in Bayern oder Norddeutschland ganz sicher in den Reihen der Faschisten stehen würden. Diese Schichten, besonders die Bauern, kleinen Handwerker, Kaufleute, Hausbesitzer usw., wie auch die völlig verarmte Intelligenz der freien Berufe glauben, in dem „Freien Rheinland" einen Ausweg aus ihrer trostlosen Lage zu sehen. Ihr Hauptpropagandamittel ist der Kampf gegen Berlin, gegen alles Preußentum. Aber nicht nur die Zusammensetzung dieser Bewegung, sondern auch ihre Methoden sind faschistisch. Ihre Wortführer und ihre Presse reden nicht viel von Demokratie und Gleichberechtigung, sondern sie machen gar kein Hehl daraus und verkünden es überall, daß sie jeden Gegner der selbständigen Rheinisch-Westfälischen Republik rücksichtslos terrorisieren, d. h. ausweisen, verhaften oder gar „an die Wand stellen" werden. Ihr Haß richtet sich ganz besonders gegen die kommunistischen oder sozialdemokratischen Führer und Gewerkschaftsbeamten, die „von Moskau oder Berlin kommandiert werden". Und mit ihrer famosen Rheinlandwehr knüppeln oder schießen sie denn auch jeden Gegner nieder. Die bis vor kurzem sich noch gegenseitig heftig befehdenden einzelnen Gruppen der Sonderbündler von Dorten, Smeets, Matthes, Beckers usw. haben sich nach dem Losschlagen der Aachener Gruppe sehr schnell verständigt und zusammengefunden. Während z. B. die Smeets-Gruppe noch bis vor zwei Wochen aus pazifistischen Gründen jede gewaltsame Erhebung ablehnte und die Matthes-Gruppe aus diesen Gründen heftig bekämpfte, ist ihr jetzt der Appetit beim Essen gekommen, und sie ficht munter mit.

Durch seine Aktivität und seine Methoden ist es diesem

faschistischen Separatismus auch gelungen, zahlreiche proletarische Anhänger zu gewinnen, besonders in den rheinischen Distrikten, wo die Sozialdemokratie bisher dominierte und die Massen sich enttäuscht von ihr abwandten. Auch aus der syndikalistischen Bewegung sind viele Arbeiter zu der separatistischen Bewegung gestoßen. Die neugegründeten separatistischen Gewerkschaften sind allerdings noch schwach. Ferner hat natürlich auch die systematische Unterstützung durch die französischen und belgischen Besatzungsbehörden zu dieser Entwicklung beigetragen. Freifahrt auf den Regiebahnen und sonstige Vergünstigungen und Versprechungen locken manche verzweifelten Schichten an.

Am meisten aber hat zur Stärkung der separatistischen Bewegung die Politik der Reichs- wie auch der Preußischen Regierung beigetragen. Ihr Sündenkonto während des Ruhrkrieges ist enorm. Wir erinnern nur an die traurige Geschichte des passiven Widerstandes. Die Folgen dieser schwerkapitalistischen Berliner Politik hatten und haben vor allem Arbeiterschaft und Mittelstand im Rhein- und Ruhrgebiet zu tragen. Ungehemmt treiben im Rheinland die Industrie- und Bankmagnaten ihre verhängnisvolle profitgierige Devisenpolitik, die schließlich zu einer Teuerung im besetzten Gebiet geführt hat, die weit größer und verheerender ist als im übrigen Reiche. Der kurzsichtige und planlose Abbau des passiven Widerstandes schließlich mit seiner rücksichtslosen Herabsetzung und Einstellung der Unterstützungssätze war natürlich Wasser auf die Mühlen der Separatisten. Die brutale Politik der rheinisch-westfälischen Großbourgeoisie mit ihrer Stillegung fast der gesamten Industrie hat dann zu der ungeheuren Arbeitslosigkeit, zu einer Anarchie geführt, die fast jeder Beschreibung spottet. Die Kohlen- und Stahlkönige an der Ruhr haben dieses Chaos absichtlich geschaffen und die arbeitslosen hungernden Massen zur Verzweiflung gebracht, um so den Boden für die von ihnen gewünschte Loslösung vom Reiche zu bereiten. Durch diese Politik erst gewann der Separatismus in der rheinischen Bevölkerung größeren Boden. Bis vor einem Jahre eine völlig einflußlose Sekte, über die jeder lachte, hat der Separatismus heute ohne Zweifel zahlreiche Anhänger gewonnen. Ein geistiger Kampf mit dieser Bewegung wurde leider fast nur von den Kommunisten geführt, da die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie es ablehnten, sich „mit diesem Gesindel in Versammlungen herumzuschlagen", ein Fehler, der sich jetzt verhängnisvoll rächt. Manche bürgerlichen und sozialdemokratischen Führer gingen einer solchen Auseinandersetzung aber auch aus dem Wege, weil die Ausweisung aus dem besetzten Gebiete meist die sichere Folge eines solchen Kampfes war.

Wenn die faschistischen Separatisten jetzt militärisch den größten Teil des Rheinlandes besetzen konnten, so war dies nur möglich, weil die französischen und belgischen Besatzungsbehörden dieser Bewegung jede nur denkbare Unterstützung gewährten, trotz sogenannter „Neutralität". Der Teufel hole aber diese Neutralität. Während die französischen und belgischen Generale in den ersten Tagen sich anscheinend zurückhielten, treten sie in den letzten Tagen immer offener für die Separatisten auf. Ueberall, wo die Sonderbündler z. B. von der Arbeiterschaft aus den Rathäusern vertrieben waren, wurde es ihnen durch die Unterstützung der Besatzungstruppen ermöglicht, diese verlorenen Positionen wieder zu erobern, indem die Bevölkerung und die Polizei einfach ein Schießverbot erhielt, oder von der Besatzung der Belagerungszustand verhängt wurde, während die Separatisten aber machen konnten, was sie wollten. Die Bewaffnung der Separatisten ist auch ohne Zweifel aus Ententequellen erfolgt.

Die Widerstandsbewegung gegen den separatistischen Vorstoß war fast überall von der Arbeiterschaft getragen, und in ihr waren es vor allem die Kommunisten, die sich am aktivsten beteiligten. Die Kommunistische Partei hatte sofort am Tage nach dem Aachener Vorstoß die Arbeiterschaft aufgerufen, den Separatisten mit dem Mittel des Generalstreiks und des Selbstschutzes entgegenzutreten. So standen denn auch die Kommunisten an der Spitze der Kämpfe in Aachen, München-Gladbach, Krefeld, Duisburg usw. Alle Bemühungen der Kommunisten, mit der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften in diesem Abwehrkampfe gegen die Separatisten eine einheitliche proletarische Front herzustellen, scheiterten an der Sabotage der sozialdemokratischen Führer. Auf einen ernsthaften gemeinsamen Kampf ließen sich die sozialdemokratischen Führer nicht ein. Die sozialdemokratischen Arbeiter dagegen standen meist Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen Klassengenossen. Zur gleichen Zeit aber verhandelten ihre Führer hinter ihrem Rücken schon über eine „legale" Rheinisch-Westfälische Republik.

Der faschistische Separatismus ist trotz seiner militärischen Stärke wenn auch eine ernste, so doch keine entscheidende Gefahr. Die große Gefahr besteht in einem Kompromiß, einer Verständigung zwischen dem legalen und dem faschistischen Separatismus. Wir fürchten, daß diese Verständigung unter dem Einfluß und dem Druck der Franzosen sehr nahe ist.

Politik

Wachsende Unzufriedenheit im amerikanischen Inselreich.

Von Jay Levestone.

** Während Europa aufs neue durch revolutionäre Zuckungen erschüttert wird, gehen auch im Inselreich der amerikanischen Imperialisten die Wellen der Unzufriedenheit wieder sehr hoch. Auf den Philippinen-Inseln hagelt es geradezu Proteste gegen das Diktaturregiment des eisenfäustlichen militärischen Generalgouverneur Leonard Wood.

Kuba steht vor einem ernsten Konflikt wegen der Beherrschung der Inseln durch die amerikanischen Zucker- und Schiffahrtskapitalisten. Porto Rico propagiert seine Unabhängigkeit. Die Virginia-Inseln stöhnen unter dem ihnen von ihren Yankees aufgezwungenen Ueberpreußentum. Die den Bewohnern Haitis und der dominikanischen Republik durch die Marinesoldaten, die als Steuereintreiber fungieren, geschlagenen Wunden verheilen nicht so rasch, als es die senatorialen Weißwascher dieses schändlichen Verbrechens wünschen mögen. Ferner ist die Bevölkerung von Hawai weit davon entfernt, die Oberherrschaft der New Yorker Bankers Trust Co. zu begrüßen. Und trotz Obregons Ueberlaufen zur Wall Street sind die Dinge für die amerikanischen Kapitalsanlagen in Mexiko nicht allzu rosig.

Die Herrschaft der Dollardemokratie durch unsere einheimischen Finanz- und Industrieherren äußert sich nach außen und in unserem ausgedehnten Kolonialbesitz als eine Herrschaft der Dollardiplomatie. Die amerikanische Demokratie beruht jetzt in der Tat auf einer Gold-Monarchie und einer Finanzaristokratie.

Die Geschichte des Aufschwungs des Yankee-Imperialismus liest sich wie ein spannender Schlagerroman. In den Philippinen-Inseln besitzen die amerikanischen Imperialisten ein Gebiet von der Größe des Königreichs Italien und von der Bevölkerung Kanadas. Nicht weniger als 65 Proz. des Außenhandels der Philippinen erfolgt mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Diese Inseln sind sehr reich an Naturschätzen und liegen nur 3 Tagesreisen von China, dem Hort der billigsten Arbeitskräfte der Welt, entfernt. Sie sind das Ausfalltor des amerikanischen Kapitals nach dem Warenmarkt des Fernen Ostens, in dem 800 Millionen Menschen leben.

In Kuba besitzt unsere Hochfinanz Betriebe von einem Gesamtwert von Hunderten Millionen Dollar. Diese kleine sogenannte unabhängige Republik, die an Größe zwar nur ein Drittel der Philippinen umfaßt, hat bereits einen Außenhandel, der den der amerikanischen Besitzungen im Stillen Ozean um das Dreifache übertrifft und mehr als ½ Milliarde Dollars ausmacht. Die amerikanischen Zuckerbarone besitzen 60 Proz. der dortigen Plantagen und die Finanzkapitalisten den größten Teil des Restes.

Die Standard Oil Compagnie hat große Konzessionen in Aecuador, Bolivia, Kolumbia, Peru, Mexiko, Argentinien und Mittelamerika an sich gebracht. Der vor kurzem zwischen Bolivia und der Standard Oil Compagnie abgeschlossene Vertrag sichert dieser amerikanischen Gesellschaft 2½ Millionen Acres von Petroleumland auf 55 Jahre, sowie das Recht, Eisenbahnen, Straßenbahnen, Hafenanlagen, Telephon- und Telegrapheneinrichtungen sowie alle anderen bolivianischen öffentlichen Betriebe zu erbauen und zu betreiben.

Amerikanische Bankiers haben mit Guatemala, Kostarika, Salvador und Honduras einträgliche Anleihegeschäfte abgeschlossen. In Guatemala ist eine amerikanische Bank soeben ermächtigt worden, das ganze im Umlauf befindliche Papiergeld aus dem Verkehr zu ziehen. Kolumbia hat 4 Millionen Dollars geliehen und verhandelt wegen einer weiteren Anleihe von 80 Millionen Dollar. Aecuador ist dabei, seine Zolleinnahmen an die Standard Oil Compagnie gegen Gewährung einer Anleihe von 33 Millionen Dollar abzutreten. Peru hat seine Zölle für Hergabe eines Darlehns von 50 Millionen Dollar an amerikanische Finanzleute verpfändet. Haiti hat sich 7 500 000 Dollar als Darlehn geben lassen, Chile 44 Millionen, Uruguay 13 Millionen, Brasilien 50 Millionen und Argentinien 250 Millionen.

Die amerikanische Kampagne, die 1920 auf den Philippinen durchgeführt worden war, hatte nahezu 7 Millionen Dollar verschlungen. Diese Summe wollen die mächtigen Bankiers und Industriellen in Form von wertvollen Konzessionen zurückhaben. Um nun der Bevölkerung der Philippinen eine zu diesem Zweck geeignete Wirtschaftspolitik aufzuzwingen, wurde der General Leonard Boot nach den Philippinen entsandt. Ebenso finden wir zur Zeit den Generalmajor Enoch H. G. Crowder,

der früher Chef des amerikanischen Generalstabes war, als Gesandten in Kuba wieder. Ferner weilt zur Zeit eine amerikanische Kommission in Bolivia, die die Eintreibung der Steuern für Rechnung der Standard Oil Company überwachen soll. In Nicaragua, dem einzigen zahlungsfähigen Staate in Mittelamerika, verwalten die Vereinigten Staaten das Finanzwesen und die Zölle des Landes im Interesse der amerikanischen Bankiers und Finanzleute.

Seit seiner Ankunft auf den Philippinen verfolgt der Militärgouverneur General Boot gegenüber den Eingeborenen eine Politik, die darauf hinzielt, den amerikanischen Kapitalisten einträgliche Konzessionen zu sichern. In diesem Kampfe hat der General die philippinische Nationalbank zur Zielscheibe seines Angriffes gemacht.

Obwohl er kürzlich in Manila erklärte, daß sich die Philippinische Nationalbank zur Zeit in einer weit besseren Verfassung befinde als in den letzten vier Jahren, läßt er kein Mittel unversucht, um sie auszuschalten, weil sie von der einheimischen Regierung verwaltet wird. Das Ziel dieses Treibens des Agenten des amerikanischen Imperialismus geht dahin, alle Hindernisse, die sich dem amerikanischen Kapital als völliger Beherrscherin der Inseln entgegenstellen, hinwegzuräumen.

Die Philippiner empfinden diesen Streich Woods sehr nachhaltig. Der Senat und die Gesetzgebung sind gegen diese Uebergriffspolitik ihrer amerikanischen Herren in den Streik getreten. In weiten Kreisen der eingeborenen Bevölkerung wird jetzt offen die Unabhängigkeit des Landes besprochen. Sie sind gewillt, die amerikanischen Kapitalisten zu hindern, ihr Land an sich zu reißen.

Die Ereignisse auf den Philippinen haben eine so ernste Wendung genommen, daß die Imperialisten der übrigen Staaten die Befürchtung hegen, die nationalen Unabhängigkeitsstrebungen könnten von den Inseln auf die übrigen Gebiete überspringen und im gesamten Fernen Osten Unruhe heraufbeschwören.

In amerikanischen und kubanischen Finanzkreisen hat die Tarrafa-Bill eine große Agitation hervorgerufen. Oberst Tarrafa ist ein kubanischer Millionär, der große Eisenbahnbetriebe besitzt. Er brachte vor kurzem eine Maßnahme in Vorschlag, die auf die Zusammenfassung einiger der Haupteisenbahnlinien Kubas und auf die Ausschaltung von 47 Privathäfen hinzielt, die die Zuckergesellschaft für die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse benutzen. Viele von diesen Gesellschaften verfügen über eigene Eisenbahnen auf ihren eigenen Ländereien. Diese Eisenbahnen würden durch die vorgeschlagene Maßnahme für ihre Besitzer praktisch wertlos werden. Der Gesetzentwurf wurde vom Senat in einer etwas abgeänderten Form mit 92 gegen 5 Stimmen angenommen. Er liegt jetzt dem Präsidenten Zayas zur Bestätigung vor. Als Tarrafa seinen Entwurf einbrachte, protestierten die amerikanischen Kapitalisten heftig dagegen, da sie 85 Prozent der betroffenen Besitzungen kontrollieren. Washington gab Kuba daraufhin sofort zu verstehen, daß es der kubanischen Regierung die Aufnahme einer Anleihe von 50 Millionen Dollar in den Vereinigten Staaten nicht gestatten könne. Die amerikanische Zuckerraffinerie-Gesellschaft, die Punta-Allegro-Zucker-Gesellschaft, die Amerikanische Metallgesellschaft, die Kubanisch-Amerikanische Zuckergesellschaft, die San-Francisco-Zuckergesellschaft und eine große Anzahl anderer amerikanischer Firmen, die über ein Gesamtanlagekapital von rund einer halben Milliarde Dollar verfügen, schickten sämtlich ihre Vertreter nach Washington, um dort einen Proteststurm zu erheben. Es waren sogar Anzeichen einer Scheinrevolution vorhanden, ähnlich der, die Theodore Roosevelt seinerzeit in Panama für die amerikanischen Bankiers inszeniert hatte, und die die derzeitige kubanische Verwaltung, die sich für die Tarrafa-Bill einsetzte, wegfegen sollte.

Der Generalmajor Crowder suchte Coolidge daraufhin von der Schwere der kubanischen Auflehnung zu überzeugen. Nur deshalb, weil Tarrafa schlau genug war, in seinem Gesetz die Interessen der eingeborenen kubanischen Kapitalisten hinter den mächtigen Interessen der Standard Oil Co. zu verbergen (die Standard Oil Co. beherrscht die Kuba-Gesellschaft und die englischen Besitzern gehörenden vereinigten Eisenbahnen von Havanna, sowie die einflußreiche Vereinigte Ost-Gesellschaft), ist bisher eine entscheidende Aktion Washingtons verhindert worden. Tarrafa behauptete, daß das gegenwärtige System privater Unterhäfen Kuba um einen großen Teil der Zolleinnahmen bringe, dem Schmuggel Tür und Tor öffne und den amerikanischen Zuckerinteressen riesige Finanzvorteile verschaffe.

Dieser rücksichtslose Versuch der fremden Kapitalisten, die einheimische Regierung zu erdrosseln, hat in Kuba sehr viel böses Blut gemacht. Tarrafa ist ein sehr befähigter einheimischer politischer Führer. Wenn ihm auch zur Zeit der Vorstoß gelungen ist, so steht doch fest, daß ihm daraus in der Zukunft sehr viele Schwierigkeiten erwachsen werden.

In den anderen Kolonien und amerikanischen Einflußsphären wächst ebenfalls ein starker Geist der Unruhe. Infolge der raschen Entwicklung des Landes und anderer Monopole, die von amerikanischen Kapitalisten beherrscht werden, befindet sich die Masse des Volkes in Portorico in einer sehr traurigen Lage. Die erdrückende Mehrheit der 1 250 000 Einwohner dieser Insel ist expropriiert und wird ganz elend bezahlt. Sie strebt nach Verstärkung ihrer Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Die Virginia-Inseln führen bittere Klage gegen die Amerikaner, wie sich aus folgendem Appell der Zeitung „The Emancipator" ergibt: „Wir sind Leibeigene, die für Löhne von 10 Cents bis zu einem Dollar am Tage arbeiten. Politisch sind wir Heloten, die von der amerikanischen Kriegsmarine regiert werden. Die amerikanischen Gesetze haben auf den Inseln große Verheerungen angerichtet. Das Volk wohnt in einzimmrigen Hütten, nährt sich von minderwertigem Mehl und lebt überhaupt unter Bedingungen, die mit einer Zivilisation nicht vereinbart werden können.

Schließlich hegt auch Mexiko kein allzu großes Vertrauen gegenüber den amerikanischen Imperialisten. Wenn auch Obregon sich vollkommen an Morgan und Rockefeller verkauft hat, und sich sehr rasch von allen Freundschaftsbekundungen auch zu den konservativsten Arbeiterelementen loslöst, so stehen nichtsdestoweniger zahlreiche störende Faktoren am politischen Horizont Mexikos. Die Nationalwahlen müssen bald stattfinden. Der sehr wahrscheinliche Nachfolger von Obregon ist der General Calles, der sich ebenfalls als Freund der Arbeiterklasse bezeichnet. Wenn auch unsere Kapitalisten überzeugt sind, daß sie Calles nach seiner Wahl zum Präsidenten zu sich herüberziehen werden, so bereitet der Gedanke seiner Wahl den amerikanischen Finanz- und Industriekönigen wegen der weiteren Entwicklung der mexikanischen Frage dennoch einige Bauchschmerzen.

So ist das Kolonialproblem für die Coolidge-Regierung zu einer ihrer brennendsten Schwierigkeiten geworden. Die Frage, sich die Herrschaft in ihren zerstreuten Kolonialbesitzungen zu sichern, hat eine ebenso große Bedeutung erlangt, wie alle dringenden nationalen Fragen, wie der Zolltarif, das Eisenbahnwesen, die Lage der Landwirtschaft und die ernstlichen Differenzen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum in der Industrie. In dem Wahlkampfe im Jahre 1924 wird die Politik gegenüber den Kolonien und Protektoraten eine überaus bedeutsame Rolle spielen.

Arbeiterbewegung

Der Bergarbeiterstreik in den Vereinigten Staaten.

Von I. Amter (New York).

** Die Bergarbeiter der Vereinigten Staaten haben eine weitere Niederlage erlitten. 150 000 Anthrazitkohlengräber, die im Staate Pennsylvanien zusammengedrängt sind, wurden von der Regierung zu Verhandlungen und zur Annahme von Arbeitsbedingungen gezwungen, die kaum eine Verbesserung ihrer Lage bedeuten.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß trotz der starken Organisation der United Miner Workers of America (Vereinigte Bergarbeiter Amerikas) die Bergarbeiter zu den schlechtestgestellten Arbeitern des Landes gehören. Viele Bergarbeiter sind gezwungen, 12 Stunden am Tage zu arbeiten, während gleichzeitig andere in einem Maße verkürzt arbeiten müssen, daß sie nicht mehr existieren können. Die Anthrazitkohlenproduktion übersteigt 30 Millionen Tonnen im Jahre, und obwohl die Lohnkosten nur 3,97 Dollar pro Tonne betragen, kommt die Kohle dem Verbraucher in Washington, das nur 12 Stunden Eisenbahnfahrt vom Produktionszentrum Scranton entfernt liegt, auf 15,39 Dollar zu stehen. Die Eisenbahnen, die zugleich auch Besitzer der Kohlenzechen sind, stecken die hohen Frachtkosten und die Riesenprofite ein.

Der Streik ging nicht bloß um die Erkämpfung besserer Arbeitsbedingungen. Das Unternehmertum ging darauf aus, die Gewerkschaft zu zerstören. Obwohl deren Führer zu den schlimmsten Reformisten gehören, zählen die Mitgliedermassen zu den kampflustigsten des ganzen Landes. Die Bergarbeiter haben nicht gezögert, auch zu den Waffen zu greifen, um ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen wahrzunehmen. Die bewaffneten Kämpfe in Logan County, West Virginia, Herrin, Illinois und Alabama sind ein sprechendes Zeugnis für diese Kampflust. Doch auch diesmal wiederum wurden die Arbeiter von ihren Führern verraten und verkauft und haben schließlich dem Kompromiß zugestimmt, das sie auf zwei Jahre binden wird, falls sie es nicht vor Ablauf dieser Zeit über den Haufen werfen.

Auf der Konferenz des Anthrazitkohlenbezirks, die am 29. Juli in Scranton tagte, stellten die Bergarbeiter folgende

Forderungen auf: allgemeine 20prozentige Lohnerhöhung, 50 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, 100 Prozent Zuschlag für Sonntagsarbeit, Anerkennung der Gewerkschaft und Einziehung der Verbandsbeiträge durch die Unternehmer bei der Lohnzahlung. Auf dieser Konferenz herrschte eine unbeschreibliche Begeisterung, denn die 155 000 Bergsklaven erkannten, daß sie ihren Kampf nur in einer Periode relativ günstiger Konjunktur siegreich durchführen konnten.

Die Verhandlungen wurden sofort eingeleitet. Den ganzen Monat Juli hindurch fanden Besprechungen zwischen Unternehmern und Arbeitern statt, führten aber zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer forderten eine Herabsetzung der Löhne, nahmen aber schließlich von dieser Forderung Abstand. Viele Tage hindurch wurde weiter verhandelt, aber man kam dabei nicht vom Fleck. Schließlich wurden die Verhandlungen auf spätere Zeit vertagt. In der Zwischenzeit drohten die Unternehmer die Bergwerke auf unbestimmte Zeit zu schließen. Die Weichkohlenzechenbesitzer erboten sich, für diese Zeit den Markt und die Haushaltungen mit Kohlen zu versorgen. Die Betriebe stellten sich auf die Verwendung von Petroleum als Brennstoff um. Als weitere Kampfvorbereitung des Unternehmertums wurden zur Anfüllung der einzelnen Werklager 5 Millionen Tonnen Kohlen in England bestellt.

Auch die Regierung der Vereinigten Staaten blieb nicht müßig. Der Präsident Coolidge veröffentlichte eine Botschaft, wonach er die Einstellung der Arbeit nicht dulden würde. Ein solcher Streik wäre gleichbedeutend mit einem Angriff auf das Gemeinwohl und er würde alle ihm zu Gebote stehenden Mittel anwenden, um das Volk vor diesem Unheil zu bewahren. Herrn Coolidge geht in der Kunst der Streikniederschlagung ein guter Ruf voraus. Alle Welt kennt seine Unterdrückung des Polizistenstreiks in Boston. Doch die Arbeiter ließen sich nicht einschüchtern. Als die Verhandlungen im August wieder aufgenommen wurden, bekam der Gouverneur von Pennsylvanien Pinchot den Auftrag, in den Konflikt einzugreifen und eine Verständigung herbeizuführen. Dennoch kam der 1. September, der Ablauftermin des bestehenden Vertrages heran, ohne daß es zu einer Einigung gekommen wäre, worauf 155 000 Bergarbeiter in den Streik traten.

Alles spielte sich ruhig ab. Es wurde kein Versuch unternommen, die Bergwerke mit Streikbrechern zu besetzen. Die Zechenbesitzer waren durch die Begeisterung der Bergleute auf ihrer Julikonferenz nicht eingeschüchtert. Sie kannten die Führer des Bergarbeiter-Verbandes so gut, insbesondere Herrn Lewis, den Herrn, der 1922 erklärt hatte, er könne doch nicht seine Regierung bekämpfen, obwohl diese Regierung Staatstruppen zur Niederschlagung der Streikenden aufgeboten hatte. Sie kannten auch Herrn Cappellini, den jungen italienischen Führer, der von den fortschrittlichen Elementen auf den Schild erhoben worden war, um diese selbst unmittelbar nach seiner Wahl aufs heftigste zu bekämpfen und alle vorher gemachten Versprechungen frech zu widerrufen. So suchten die Unternehmer Zeit zu gewinnen. Sie betrieben eine verlogene Hetzpropaganda gegen die Arbeiter, um diese in der öffentlichen Meinung herabzusetzen. Die gesamte kapitalistische Presse stand ihnen dabei zu Diensten und überbot sich in dem Bestreben, die Bevölkerung mit den in Aussicht stehenden Leiden eines kohlenlosen Winters graulich zu machen.

So wurde für eine Beilegung des Konflikts vorgearbeitet. Die Bergarbeiter-Vertreter gaben sich schließlich mit einer 10prozentigen Lohnerhöhung, der Anerkennung des Achtstundentages für alle Beschäftigten, Bezahlung der Ueberstunden zu den allgemeinen Lohnsätzen, Anerkennung der Organisation, jedoch ohne Beitragseinziehung und ohne Anerkennung der Grundsätze des kollektiven Arbeitsvertrages zufrieden. Diese Vereinbarungen wurden auf der Konferenz der Anthrazitkohlengräber vom 17. September angenommen, worauf die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgte. Aufs neue wurden die Arbeiter durch Herrn Lewis irregeführt, der erklärte, daß sich die Vertreter der Bergarbeiter bei Annahme der vier Hauptpunkte des Vorschlags des Gouverneurs Pinchots von den allgemeinen Interessen des Landes haben leiten lassen.

Dies ist die übliche Ausrede der Führer der großen Gewerkschaftsorganisationen in den Vereinigten Staaten, wenn sie vor der Entscheidung stehen, einen großen Kampf zu führen. Das verschwommene „Allgemeinwohl" ist jedesmal die Vogelscheuche, mit der sie die Arbeiter zur Unterwerfung unter die Unternehmerinteressen zwingen wollen. Die Bergarbeiter- und Eisenbahnerstreiks des Vorjahres hatten die Unternehmer zu einer großangelegten Kampagne für ein Verbot der Arbeitseinstellungen in den Urindustrien ausgenutzt. Die Propaganda gegen die Kohlenpreise nahm einen solchen Umfang an, daß die Regierung eine Untersuchungskommission zur Prüfung der Gesamtkohlenlager einsetzte. Nach neunmonatigen Beratungen empfahl die Kommission eine Form der Kontrolle, wonach insbesondere für den Fall von Arbeitseinstellungen ein öffentlicher Notstand erklärt, die Kohlengruben in öffentliche Verwaltung genommen, bestimmte Löhne festgesetzt werden sollen usw. „Bei dem Betrieb der Bergwerke müssen die öffentlichen Interessen geachtet und gewahrt werden". Und da diese „öffentlichen Interessen" durch Streiks nicht gewahrt werden, so ist es einleuchtend, daß die Staatsregierung sich mit der Absicht trägt, solche Streiks für gesetzwidrig zu erklären. Die Kohlenkommission empfahl ferner, daß der Tarifvertrag der Anthrazitkohlengruben nicht gleichzeitig mit dem der Weichkohlengruben ablaufen dürfe. Damit soll von vornherein eine Zersplitterung der Bergarbeiterschaft herbeigeführt werden. Die Weichkohlengräber stehen im April nächsten Jahres vor genau derselben Situation. Wenn sie und ihre Kollegen in dem Anthrazitkohlenbezirk im Kampf versagen, so wird ihre Organisation dabei zugrunde gehen.

Dies bedingt die Einsetzung einer neuen Führung der Bergarbeitergewerkschaft. Durch Intrigen und demagogische Kniffe haben Lewis und seine Werkzeuge die Führung in den Händen behalten können. In den letzten Monaten hat Lewis mit einem seiner erbittertsten Feinde, dem Vorsitzenden des Bezirkes Illinois, Harriton, Frieden geschlossen. Beide warfen sich bis dahin die schlimmste Korruption vor; aber angesichts der wachsenden Empörung in den Mitgliedermassen und des zunehmenden Einflusses der Linksopposition im Verbande hielten es die beiden Herren für geraten, ihre gegenseitigen Beschuldigungen zu vergessen und gegen die radikalen Mitgliedermassen einig zusammenzustehen.

Der nächste Verbandstag des Vereinigten Bergarbeiter-Verbandes wird im Januar 1924 stattfinden. Die Angriffe, die Lewis gegen die Kommunisten und Linkselemente unter der Beschuldigung unternimmt, daß die Kommunisten nach der Pfeife Moskaus tanzen, und sich zunächst die Zerstörung des Verbandes zum Ziel setzen, um nachher die ganze Arbeiterbewegung zu ruinieren und die amerikanische Regierung zu stürzen, sind nur ein Vorspiel des Kampfes, der auf dem kommenden Verbandstag geführt werden wird. Die gelben Führer der amerikanischen Arbeiterbewegung beabsichtigen, die Linkselemente wenn nicht durch Verbandsbeschlüsse, dann eben durch Flintenkugeln zu erledigen. Dies wurde bereits ersichtlich durch das bewaffnete Attentat auf das Leben unseres Genossen Foster. Der Kampf in der amerikanischen Arbeiterbewegung ist entbrannt und verspricht sehr gewalttätig zu werden. Das Leben zahlreicher linksstehender Arbeiterfunktionäre wird dabei auf dem Spiele stehen.

Weisser Schrecken

Ein Todesurteil der ebertinischen Sondergerichtsjustiz.

Ehrenhaft für die Hakenkreuzleranführer — Todesstrafe und Zuchthaus für den einfachen kommunistischen Kämpfer!

Von Emil Höllein (Berlin).

** Die Sondergerichtsjustiz in Deutschland ist die Frucht eines offenen Verfassungsbruches. Sie wurde nach den Märzkämpfen 1921 vom Reichspräsidenten Ebert durch Ausnahmeverordnung ins Leben gerufen, von dem damaligen Reichsjustizminister Dr. Heinze, dem nunmehrigen Zivildiktator in Sachsen, organisiert und von allen Parteien des Reichstages außer den Kommunisten durch Mehrheitsbeschluß sanktioniert. Die Bluturteile der mitteldeutschen Sondergerichte sind allbekannt, sie bedürfen keiner neuen Unterstreichung. Noch heute schmachten viele ihrer Opfer in den republikanischen Zuchthäusern.

In diesen ereignisschwangeren Wochen feiert die Sondergerichtsjustiz ihre fröhliche Urständ. Der Faschistenputsch in Küstrin vom 1. Oktober gab dem sozialdemokratischen Justizminister im Reichskabinett Stresemann-Sollmann, Herrn Dr. Radbruch, Anlaß, die Errichtung eines Sondergerichts in Cottbus zur „Aburteilung" der hakenkreuzlerischen Putschisten anzuordnen. Und der am 23. Oktober ausgebrochene Hungeraufstand in Hamburg lieferte demselben Reichsjustizminister die willkommene Gelegenheit, seinen ausgeprägten Sinn für „ausgleichende Gerechtigkeit" durch die Einsetzung eines zweiten Sondergerichts in Hamburg praktisch zu betätigen.

Diese zwei Sondergerichte, die zwei gleichartige juristische Tatbestände abzuurteilen haben, bieten in ihrer Wirksamkeit nicht nur eine vortreffliche Vergleichsparallele, sondern zugleich auch eine prächtige Illustration für die politische Tendenz und die Klassenbedingtheit der Rechtsprechung im republikanisch-demokratischen neuen Deutschland.

In Küstrin unternehmen monarchistische Faschisten unter der Führung des schon beim Kapp-Putsch hervorragend beteiligt gewesenen Majors a. D. Ernst Buchrucker zunächst mit Erfolg einen großangelegten bewaffneten Handstreich gegen die Festung Küstrin. Schließlich werden sie entwaffnet und etwa

350 gefangen gesetzt. Der Reichswehrminister Dr. Geßler unterdrückt aus „militärischen Gründen“ jede wahrheitsgetreue Berichterstattung über den bewaffneten Aufstand. Ein Sondergericht wird zur Aburteilung der Rebellen eingesetzt. Es untersucht gründlich, so gründlich, daß von den 350 Verhafteten binnen kürzester Frist 29 bis 30 ganz außer Verfolgung gesetzt und zur Reserve der großen faschistischen Kampfverbände entlassen werden konnten. Die Vorbereitung der Verhandlung gegen die ersten 12 Hochverräter erforderte volle drei Wochen. Endlich am 22. Oktober wird gegen einen Teil der Rebellen vor dem Sondergericht in Cottbus verhandelt. Aber natürlich unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Die Welt soll möglichst wenig über die großangelegte monarchistische Verschwörung gegen die Ebert-Republik erfahren. Und die putschistischen Hakenkreuzler finden verständnisvolle, milde Richter. Herr Major Buchrucker wird zwar des vollendeten Hochverrats und der Rädelsführerschaft für schuldig befunden, aber gleichwohl nur zu 10 Jahren fideler Festungshaft verurteilt. Sein Spießgeselle und Adjudant Major Herzer erhält nur 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, acht weitere Putschisten, zum größten Teil Oberleutnants a. D., erhalten Gefängnisstrafen von 3 bis 8 Monaten und vier „harmlose“ Hochverräter werden gar völlig freigesprochen.

Ganz anders in Hamburg. Dort brechen am 23. Oktober Hungeraufstände aus. Arbeiter entwaffnen die Polizei. Im Anschluß daran kommt es zu tagelangen Straßenkämpfen. Die kleine Arbeiterschar muß schließlich der erdrückenden Uebermacht der gegen sie eingesetzten Großwaffen der Polizei, Reichswehr und Marine weichen. Es folgen ziel- und wahllos Massenverhaftungen von Kommunisten. Aber nur einige vereinzelte Kämpfer sind in die Hände der Häscher gefallen. Diese sollen nun die ganze zügellose Rache der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer auskosten. Sofort setzt Herr Dr. Radbruch ebenfalls ein Sondergericht ein. Und dieses „arbeitet“ schnell, unheimlich schnell. Schon am 27. Oktober tritt es zur Verhandlung zusammen. Und macht rasche, gründliche Klassenarbeit. Fünf Angeklagte werden wegen „Landfriedensbruchs und Plünderei“ zu Freiheitsstrafen verdonnert, davon einer zu einem Jahr Zuchthaus. Sogar ein 16jähriger Tischlerlehrling erhält zwei Monate Gefängnis, „weil er sich den Anordnungen der Polizei widersetzt und die Menge zum Widerstand aufgefordert hat“.

Doch das waren nur Bagatellen. Der Clou dieses ersten Tages war ein aufreizendes Todesurteil. Ein 22jähriger Kommunist, der Schlosser **Thorell, wurde „wegen Hochverrats und Aufruhr“ zum Tode, und „wegen versuchten Totschlags und anderer Vergehen“ — er hat nämlich im Kampfe auf einen Polizisten geschossen — zu weiteren 6 Jahren Zuchthaus verurteilt.** Und das, obwohl die Polizeibestien ihrem wehrlosen Opfer nach der Gefangennahme ein Auge ausgeschlagen hatten.

10 Jahre Festungshaft für den anerkannten Führer eines großangelegten bewaffneten Monarchistenputsches, lächerlich geringe Gefängnisstrafen für die „hochgebildeten“ Unterkommandeure des bewaffneten Aufstandes und völliger Freispruch von vier armen „Verführten“ des faschistischen Hochverratunternehmens! So urteilte Herrn Dr. Radbruchs Sondergericht in Cottbus im Falle des Küstriner Putsches!

Todesstrafe und 6 Jahre Zuchthaus wegen Hochverrats und Aufruhrs aber verhängt fast gleichzeitig Herrn Dr. Radbruchs zweites Sondergericht in Hamburg gegen einen jungen Proletarier, der k e i n Führer war, sondern ein einfacher roter Soldat, der sich nur an der Entwaffnung der Polizei beteiligt hat.

Die aus der einfachen Gegenüberstellung der beiden Sondergerichtsurteile hervorleuchtende konterrevolutionäre Klassenjustiz schreit zum Himmel. Will die deutsche Arbeiterklasse diesen Fußtritt der Reaktion gelassen hinnehmen? Will sie es ruhig zulassen, daß der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert das fluchwürdige Todesurteil an dem jungen kommunistischen Revolutionär vollstrecken läßt? Ihre proletarische Ehre gebietet ihr, alles, auch das Letzte zu wagen, um diesen Justizmord an ihrem wackeren Klassengenossen zu verhindern!

Der Rachefeldzug der weißen Horden in Bulgarien.

Von A r m i n.

S o f i a, Oktober 1923.

** Die militärisch-bürgerliche Verschwörer-Clique, die das Kabinett Stamboliski am 9. Juni durch einen Putsch stürzte und die politische Gewalt an sich riß, konstituierte sich als eine Regierung der „Nationalen Eintracht“. Diese Regierung machte es sich zur Aufgabe, die Herrschaft der kapitalistischen Bourgeoisie uneingeschränkt wieder herzustellen und zu festigen. Zu diesem Zwecke wollte sie die zwei größten politischen Organisationen des werktätigen Volkes aus dem Wege räumen: den Bauernbund und die Kommunistische Partei. Zuerst zertrümmerte sie den Bauernbund und bereitete sich darauf zum Angriff gegen den viel gefährlicheren Feind — die KP. — vor. Dieser Akt wurde durch eine wilde Hetze der gesamten bürgerlichen Presse, einschließlich derjenigen der Sozialdemokraten, systematisch vorbereitet. Es war schon damals vorauszusehen, daß die KP. die Vernichtungskampagne nicht mit einem einfachen Abwehrkampf würde überwinden können, denn die Regierung hatte Zeit genug, sich zu organisieren. Leider waren die Verhältnisse für die KP. in diesem Moment zu ungünstig, um den Kampf mit sicherem Erfolg führen zu können. Das wußten unsere Klassenfeinde, und deshalb griffen sie zu einer Herausforderung. Am 12. September erfolgte plötzlich auf Anordnung des Innenministers, des Generals Russew, die Verhaftung von vielen Kommunisten in Sofia und im ganzen Lande. Auf diese Weise wurden mit einem Schlage fast alle Partei-, Gewerkschaftsführer und Funktionäre sowie sämtliche aktiven Genossen in Stadt und Land hinter Schloß und Riegel gesetzt, die Arbeiterheime und Genossenschaften gesperrt, die Partei- und Gewerkschaftspresse, und endlich jede kommunistische Literatur und Propaganda unterbunden. Allein in Sofia wurden über tausend Genossen verhaftet, darunter vom Zentralkomitee der Partei der alte und sehr kränkliche Parteibegründer, D. Blagoew, und der Generalsekretär der Partei, Chr. Kabaktschiew. In den folgenden Tagen ging eine wilde Jagd auf Kommunisten vor sich. Die Kasernen und die Polizeigefängnisse waren überfüllt. Dort wurden unsere Genossen furchtbaren körperlichen und seelischen Marterungen ausgesetzt. Mehrere wurden nachts erschossen oder erlagen der bestialischen Inquisition.

Die tiefe Erregung, die sich der kommunistisch-gesinnten Arbeiterschaft bemächtigte, äußerte sich zuerst in dem spontanen Ausbruch eines allgemeinen Streiks am 14. September in Sofia; allein dieser blieb ohne besondere Wirkung, da er propagandistisch und organisatorisch durchaus nicht vorbereitet war. Fünf Tage später, und zwar in der Nacht vom 19. auf den 20. September brach zuerst im Kreise Stara-Zagora eine bewaffnete Aufstandsbewegung aus. Kommunistische und bauernbündlerische Landleute bemächtigten sich sofort der Dorfgemeinden, vereinigten sich darauf mit den ebenfalls aufständischen Bauerngruppen der Nachbardörfer zu Trupps von je mehreren hundert Mann, zogen dann gemeinsam gegen die nächstliegenden Distriktsstädte St.-Zagora, Nova-Zagora, Kazanlik, Tschirpan und versuchten — unterstützt von den Werktätigen in diesen Städten — die Städte im Sturm zu erobern. Trotz des großen Heroismus und der bedeutenden Opfer aber scheiterte der Versuch zuletzt, und zwar nicht nur, weil die Revolutionäre nicht genügend bewaffnet waren, sondern auch deshalb, weil Verrat im Spiele war. Die Aufständischen zogen sich darauf in die Gebirge zurück, wohin sie nicht in dem Maße verfolgt werden konnten. In den folgenden Tagen griff die Aufstandsbewegung auf einige Landorte der benachbarten Kreise Burgas und Philippopel über. Am 23. September war sie auch auf Nordwestbulgarien übergesprungen, nach den Kreisen Widdin und Wratza. Ein bedeutendes Gebiet, und zwar die Städte Berkowitza, Ferdinand und die großen Landorte Warschetz, Lopuschna, Tschiprowtzi, Brussarzi, Boitschinowitzi, Alexandrowo, letztere drei Bahnstationen sowie sämtliche in diesem Bezirk liegende Dörfer, befand sich im Aufstand. Leider hatten die Massen dort weder genügend Waffen noch Zeit, um zu kampffähigen Truppen organisiert und ausgerüstet werden zu können. Die Hauptbewaffnung der Aufständischen bestand aus Heugabeln und Aexten oder aus alten verrosteten Flinten aus dem russisch-türkischen Krieg (1877). Bei der Eroberung von Ferdinand und Berkowitza gelang es ihnen jedoch, zwei Berggeschütze und sechs Maschinengewehre sowie etwa hundert Infanteriegewehre zu erbeuten, mit denen sie in den folgenden großen Gefechten kämpften.

Die Lage der Regierung war sehr kritisch geworden. In Sofia herrschte Panikstimmung. Alle zuverlässigen Offiziere und Unteroffiziere der Reserve sowie Beamte und Angestellte der Staatsanstalten wurden eiligst mobilisiert. Wrangeloffiziere und -soldaten, faschistische bürgerliche Elemente und allerlei anderes dunkles Gesindel zählten zu den „Freiwilligen“, mit denen die neuformierten Strafbataillone aufgefüllt wurden. Eisenbahnzüge und Kraftwagen, voll mit diesen blutdürstigen Helden, beladen mit Pferden, Artillerie und Maschinengewehren wurden täglich von Sofia nach den Aufstandsgebieten abgelassen.

Dort spielten sich erbitterte Schlachten ab, die erst nach 10 Tagen zum Abschluß gebracht wurden. Die Aufstandsbewegung war blutig unterdrückt. Die „Ordnung“ wurde auf eine entsetzliche Weise wieder hergestellt. Pardon wurde nicht gegeben, Gefangene wurden nicht gemacht. Zur Strafe sind ganze Dörfer eingeäschert, die Häuser hervorragender Kommunisten und Bauernbündler sowie kommunistische Arbeiterheime zerstört und kommunistische Frauen und Kinder bestialisch massakriert worden. Besonders verheerend wüteten die faschistischen Horden in Nordwestbulgarien, im Gebiete Berkowitza-Fer-

dinand-Werschetz-Tschiprowtzi, wo die aufgestandenen Massen am erbittertsten kämpfen. Dort richtete man ein furchtbares Blutbad an. Tausende fielen in den Kämpfen, Tausende von Gefangenen wurden mit Maschinengewehren niedergemäht und wie Schafe mit Messern abgeschlachtet. Mädchen und Frauen, darunter kommunistische Volksschullehrerinnen, wurden erst vergewaltigt und darauf ermordet. Etwas Aehnliches hat das vielgeprüfte bulgarische Volk einst nur unter dem türkischen Joch erlebt, als die blutdürstigen, räuberischen Janitscharen-Horden das Land verheerten.

Die Arbeiterviertel der Stadt Lom, wo die erbitterten Kämpfe drei Tage währten, wurden zerstört, die Frauen und Kinder kommunistischer Arbeiter erschlagen. In der Kreisstadt Wratza brach eine gewaltige Feuersbrunst aus, die die zur Niederschlagung des Aufstandes aufgestapelten Munitionsdepots zur Explosion brachte und über 400 Häuser vollständig einäscherte. Mit unbändigem Rachedurst warfen sich die wutschnaubenden faschistischen Bestien überall auf die kommunistische Jugend, die tapfer in den Vorderreihen mitkämpfte. Jugendliche Bauern sind in den wiedereroberten Orten scharenweise niedergemetzelt worden.

Die blutigen Orgien waren von dem sogenannten „heiligen Synod" selbst im voraus gesegnet und gutgeheißen worden. Er richtete während des Bürgerkrieges (am 26. September) eine in der Presse veröffentlichte Botschaft „An die geliebten Söhne des bulgarischen Volkes", worin er im Namen der „Mutter Kirche" unsere in „Unglauben und Herzlosigkeit" erzogenen Brüder und Söhne, die „von Haß und Bosheit gegen die Staatsordnung und die Gesetzlichkeit hingerissen und geleitet" seien, verdammte. Als aber das in Strömen fließende Blut den Regierungsmännern bereits bis an den Hals gestiegen war, erschraken sie selbst. Die bürgerliche Presse begann den „brudermörderischen Krieg" heuchlerisch zu beweinen.

Tage vergingen darauf, aber das Gemetzel dauerte an. Täglich wird noch immer in der Presse der regierenden Parteien gerufen: „Genug des Blutes!" Die Ritter der Staatsordnung und der Gesetzlichkeit — lauter Demokraten, Radikal-Demokraten und Sozialdemokraten — bekommen es wegen dieses unerhörten barbarischen Abschlachtens von Kommunisten, Arbeitern und Bauern mit der Angst. Um die aufgeregten Gemüter einigermaßen zu beruhigen — denn in einem Monat finden die Parlamentswahlen statt! —, beeilt sich die Regierung jetzt, eine baldige Amnestie der „irregeführten" Massen zu versprechen, die in den Gefängnissen schmachten. Nur die „Führer", die „Anführer" und „Ausführer" sollen „mit der ganzen schonungslosen Strenge des Gesetzes" bestraft werden. Gemeint sind offensichtlich die tätigsten Partei- und Gewerkschaftsgenossen und das wären über zweitausend Personen, denen die Todes- oder schwere Kerkerstrafe droht. Denn von der rechtskapitalistischen bis zur sozialdemokratischen Presse wird in einem fort die vollständige Ausrottung und Vernichtung der Kommunistischen Partei und der „kommunistischen Seuche" verlangt.

Die bulgarische Sozialdemokratie feiert ihren Triumph. Sie beteiligte sich mit allen Kräften an dem blutigen Feldzug gegen den Arbeiter- und Bauern-Aufstand und an der wilden Jagd auf Kommunisten. Der sozialdemokratische Verkehrsminister Kazassow bemühte sich redlich, die ihm unterstehenden Eisenbahner und Post- und Telegraphenangestellten im Zaume zu halten. Er forderte sie durch eine in der Presse veröffentlichte Verordnung auf, zur „Rettung des Vaterlandes" gegen die „Volksverräter", gegen die „bezahlten Agenten fremder Staaten" vorzugehen und angestrengten Dienst zu leisten. Zu diesem Zwecke bewilligte ihnen die Regierung Extrazulagen. Aehnliche Aufrufe richteten auch die Ausschüsse der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Verbände der Eisenbahner und der Post- und Telegraphenbeamten an ihre Leute. Sozialdemokratische Mitglieder beteiligten sich als Freiwillige an den faschistischen Strafexpeditionen. Und die Sozialdemokratie ist glücklich, ihren Wunsch erfüllt und ihre Bestrebung erreicht zu sehen: Die Erhebung der Werktätigen gegen die kapitalistischen Ausbeuter und die faschistische Diktatur der Bourgeoisie ist blutig unterdrückt! Das „Verdienst" der Sozialdemokratie wird sowohl von der Regierung des Herrn Zankow als auch von der gesamten bürgerlichen Presse anerkannt. In einem zu den bevorstehenden Parlamentswahlen mit der Regierungspartei, der sogenannten „Demokratischen Eintracht" (bestehend aus den militärisch-bürgerlichen Faschisten der sogenannten „Nationalen Eintracht", der Demokratischen Partei Al. Malinows, der russophilen Progressisten-Partei Dr. Danews, der konservativen Volkspartei Geschews und der Radikal-demokratischen Partei) für das ganze Land abgeschlossenen Wahlabkommens werden den Sozialdemokraten nicht weniger als 33 Mandate zugesichert, während diese bei den letzten Parlamentswahlen im April d. J. kein einziges Mandat erobern konnten! (Die beiden Oppositionsparteien — der Bauernbund und die KP. — sind außerhalb des Gesetzes gestellt; sie werden zu den Wahlen nicht zugelassen. Die Regierung ist sicher, alle 226 Mandate zu bekommen, und deshalb kann sie diese im voraus verteilen!)

Aber all das, was die bulgarischen Arbeiter und Bauern jetzt erleben, wird sich tief eingraben in ihnen als eine feurige Mahnung, an den Tag der Abrechnung zu denken und sich dazu vorzubereiten. Und dieser Tag wird kommen, trotz alledem, trotz der schweren Niederlage, die die bulgarische revolutionäre Befreiungsbewegung erlitt. Eine Gewähr dafür ist der heldenhafte Kampf, den die bulgarischen Arbeiter und landarmen Bauern Schulter an Schulter während zwei Wochen um die Erringung einer Arbeiter- und Bauernregierung führten. Es fehlte ihnen an revolutionärer Erfahrung und an genügender Vorbereitung; auch die Verhältnisse waren für sie nicht günstig. Deshalb erlagen sie in diesem ungleichen Kampf. Sie werden aber ihre Lehre daraus ziehen und den kommenden Kampf zum Siege führen!

Aufrufe

Protestiert gegen die Verurteilung von Nikolau und Mateu!

An das Proletariat aller Länder!

** Nikolau und Mateu sind wegen einer angeblichen Teilnahme an der Ermordung des Ministerpräsidenten Dato, des blutigen Henkers der spanischen Arbeiter, unschuldig durch ein Gericht zum Tode verurteilt worden, das nichts anderes als ein dienstwilliges Instrument in den Händen der militärischen Diktatoren Spaniens darstellt. Und zwar wurde das Urteil gefällt, ohne daß irgendwelche Beweise vorhanden waren. Es ist möglich, daß in diesem Augenblick die Hinrichtung dieser beiden unschuldigen Proletarier bereits vollzogen ist. Wenn aber noch Zeit ist, dann tut alles, was in Euren Kräften liegt, um dieses entsetzliche Verbrechen zu verhindern!

Erhebt einen gewaltigen Protest gegen dieses zynische Urteil, indem Ihr vor den Gebäuden der spanischen Botschaften Versammlungen und Manifestationen organisiert.

Wenn das Verbrechen bereits vollbracht wäre, so laßt den Protestruf des Weltproletariats hören.

Die Arbeiter der ganzen Welt müssen ihre Kraft erkennen lassen und einen energischen Druck auf die spanische Regierung ausüben, um neue Verbrechen gegen das spanische Proletariat zu verhüten.

Nieder mit den spanischen Diktatoren!

Es lebe die internationale proletarische Solidarität!

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale.
Das Vollzugsbüro der Roten Gewerkschafts-Internationale.

Die Erste Internationale Bauernkonferenz in Moskau an die armen Bauern in den Kolonien.

** Die Erste Internationale Bauernkonferenz, die kürzlich in Moskau tagte, hat folgenden Aufruf an die Bauern der Kolonialländer gerichtet:

„Bauern der Kolonien, Ihr Sklaven, die Ihr zu Millionen auf den Feldern und in den Wäldern das doppelte Joch des fremden Kapitalismus und Eurer eingeborenen Herren zu tragen habt! Die internationale landwirtschaftliche Konferenz, die zum ersten Mal in Moskau zusammentrat, um den Kampf der ländlichen arbeitenden Schichten zu organisieren, appelliert an Euer Klassenbewußtsein. Noch mehr als die Landbevölkerung der Mutterländer leidet Ihr unter Elend und langer Arbeitszeit. Ihr werdet oft zur Zwangsarbeit gepreßt und mit unerträglichen Lasten bedrückt. Ihr seid mit Steuern überlastet. Der ausbeutende Kapitalismus hält Euch in Unwissenheit und dezimiert mit Hilfe von Alkohol und Opium Eure Rasse. Die schändliche Eingeborenen-Politik des kapitalistischen Imperialismus nimmt Euch jede persönliche Freiheit und jedes politische und soziale Recht. Es geht Euch schlimmer als den Tieren. Aber dem Kapitalismus genügt es nicht, Euch nur so weit ins Elend zu stürzen. Er reißt Euch aus Eurer Hütte und von Eurem Feld fort, damit Ihr in mörderischen Kriegen gegen andere Eingeborene oder gegen die Arbeiter und Bauern der Mutterländer als Kanonenfutter dient. Parias der Kolonien, vereinigt Euch, organisiert Euch! Vereinigt Eure Aktion mit der unsrigen! Kämpfen wir zusammen für unsere Befreiung! Es lebe die Befreiung der Eingeborenen der Kolonien! Es lebe die Internationale der Arbeiter! Es lebe der Internationale Bauernrat!"

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.